

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringelohn 8.— Mk., bei Selbstabholung 7,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 24.— Mk. für einen Monat 8.— Mk. — Preis der Einzelnummer 40 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2,50 Mk., bei Plauschrift 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mk., Reklame-Kolonelle 10.— Mk. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Nachnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Vor dem Eisenbahnerstreik im Direktionsbezirk Elberfeld. Teilweise Bahmlegung des Verkehrs.

Aus Elberfeld wird gemeldet, daß auf einzelnen Bahnhöfen bereits jetzt mit dem Streik begonnen wurde. Im Laufe des Mittwochs sind die Bahnhöfe Elberfeld, Barmen und Barmen-Rittershausen infolge der Teilausfälle vollständig gesperrt. Der Verkehr innerhalb des Bezirkes wird nur noch durch Schwere- und Kleinbahnen aufrechterhalten. Die Schnellzüge sind am Mittwochnachmittag noch durchgelassen worden. Es ist aber anzunehmen, daß auch dies wegen Verkopfung der Gleise in Elberfeld und Barmen sehr bald aufhören wird. Die Züge werden in den Vorortbahnhöfen von den Streikenden abgefangen und nicht weitergelassen. Am Mittwochabend war der Verkehr noch nicht wieder hergestellt, und es ist nicht vorauszulegen, wann der Betrieb wieder durchgeführt werden kann. Schupo ist aufgeboten worden, um die Ordnung wiederherzustellen. Der Eisenbahndirektionspräsident erläßt einen Aufruf, in dem er erklärt, die Arbeitseinstellung, die sogar zu gewalttätigen Einwirkungen in den Betrieben geführt habe, sei ein wilder Streik und mit allen Mitteln zu bekämpfen. Er erwartet, daß die Beamten in Gemeinschaft mit den arbeitswilligen Arbeitern alles aufbieten werden, um die eingetretenen Störungen zu beseitigen. Nach einer Wolff-Meldung haben die streikenden Eisenbahner heute nacht die Parole ausgegeben, den Streik mit aller Schärfe durchzuführen. Nur die Transporte der internationalen Kommission sollen von den Streikenden bewerkstelligt werden.

Abbruch der Verhandlungen.

Aus Berlin wird gemeldet, daß der Reichsverkehrsminister es abgelehnt hat, das Ultimatum der rheinisch-westfälischen Eisenbahner entgegenzunehmen bzw. darüber zu verhandeln, da er nicht in der Lage sei, ohne Einverständnis mit dem Reichsfinanzminister derartige Forderungen zu bewilligen.

Das Verhalten des Reichsverkehrsministers ist diktiert von einem ganz unangebrachten Nachsichtsinne. Die Eisenbahnarbeiter treten doch nicht aus purer Freude in Lohnbewegungen ein, sondern deshalb, weil ihre Notlage aufs höchste gesteigert ist. Selbst wenn die Norm, in der die Eisenbahner ihre Forderungen verhandeln, nicht die richtige sein sollte, muß von der Regierung verlangt werden, daß sie die Vertreter der Eisenbahner hört und alles tut, um deren berechtigten erfüllbaren Wünsche zu erfüllen. Durch das schroffe und hinhaltende Auftreten des Verkehrsministers wird die Gefahr eines Eisenbahnerstreiks heraufbeschworen, der der deutschen Volkswirtschaft unendlichen Schaden zufügen muß.

Auch das Reichskabinett gegen die Forderungen der Eisenbahner.

Das Reichskabinett hat sich gestern mit der Arbeitsniederlegung der Eisenbahnarbeiter in einzelnen Bezirken des rheinisch-westfälischen Industriebezirks beschäftigt. Das Kabinett hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die ultimativ gestellten Forderungen nicht zu bewilligen seien. Die Bewilligung der Forderungen würde für das Reich eine Mehraufwendung von mehreren Milliarden bedeuten. Die für gestern nachmittag angelegten Besprechungen der Eisenbahnerorganisationen mit dem Reichsverkehrsminister sind infolge des Druckes, den die Eisenbahner in Westdeutschland durch ihr Ultimatum und den Teilstreik ausübten, vom Reichsverkehrsminister abgelehnt worden.

Dazu schreibt der Vorwärts: „Die Reichsregierung habe erlaubt, das Ultimatum rundweg abzulehnen zu müssen, weil sie sich die zu zahlenden Löhne und Gehälter nicht einfach diktieren lassen will, weil das Ultimatum eine tarifwidrige Durchbrechung der zentralen Regelung darstelle, insbesondere aber auch deshalb, weil die auswärtige Lage gerade jetzt, vor den entscheidenden Verhandlungen von Cannes, ein verantwortungsloses Umgehen mit Reichsmitteln am allerwenigsten gestatte.“

Das stürmische Vorgehen der Eisenbahner sei auf zwei Ursachen zurückzuführen, nämlich auf die tatsächlich vorhandene schwere Notlage und auf das hinhaltende und widerwillige Verhalten des Reichsverkehrs- und Reichsfinanzministers auch solchen Forderungen gegenüber, deren Berechtigung auch von ihnen anerkannt werden müsse. Wenn die Regierung das ultimative Vorgehen eines Teiles der Arbeiter mit Recht verwerfe, so solle sie doch zugleich bedenken, daß zwei ihrer Mitglieder an der Verschärfung der Lage nicht unschuldig sind. Schon deshalb hätte sie besser getan, Verhandlungen über die Forderungen trotz der ultimativen Form, in die sie gekleidet waren, aufzunehmen.“

Verlängerung des Elberfelder Ultimatus.

Berlin, 29. Dezember. (U.) Die von den Werkstätten-Kontingenten des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Bezirk Elberfeld, aufgestellten, ursprünglich bis Mittwochnachmittag befristeten Forderungen sind bis Freitag verlängert worden, um die Weiterführung der mit dem Reichsverkehrsminister eingeleiteten Verhandlungen zu ermöglichen.

Damit haben die Eisenbahner ein großes Maß von Verantwortlichkeitsbewußtsein an den Tag gelegt. Es wird nun Sache der Regierung sein, mit aller Beschleunigung und mit durchgreifenden Mitteln die Bewegung zu einem für die Eisenbahner annehmbaren Ergebnis zu bringen. Lenkt die Regierung nicht ein, so ist eine allgemeine Aktion der gesamten Eisenbahnerschaft zu erwarten. Diese würde dann von der Sympathie der ganzen Arbeiterklasse getragen sein.

Schon sind Kräfte am Werk, die die Regierung gegen die Eisenbahner scharfzumachen bestrebt sind. So bezeichnet die volksparteiische Zeit die Aufgabe, vor der die Regierung in der Eisenbahnerkrise steht, als eine Kraftprobe, und betont, die Re-

gierung werde zu beweisen haben, daß sie nicht nur imstande ist, die Reichseisenbahnen als den Stein des Anstoßes aufrechtzuerhalten, sondern daß sie auch die Kraft habe, mit den wirtschaftlichen Sanierungsplänen Ernst zu machen.

Wenn die Regierung nicht von allen guten Geistern verlassen ist, darf sie diesen Einflüsterungen kein Gehör schenken.

Die deutsche Zahlungsunfähigkeit.

Verhandlungen vor der Reparationskommission.

Paris, 27. Dezember. Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Erklärung:

Da die deutsche Regierung die Reparationskommission ersucht hat, ihre Vertreter zu empfangen, damit gewisse Aufklärungen gegeben werden können, die sie zur Beantwortung des Briefes der Reparationskommission vom 16. 12. nötig habe, hat die Reparationskommission beschlossen, diese Vertreter am Donnerstag, dem 29. 12., um 3 Uhr nachmittags, zu empfangen.

Staatssekretär Fischer als Berichterstatter.

Paris, 28. Dezember. Der nach Paris entsandte deutsche Delegierte, Staatssekretär Fischer, wird, nach einer Meldung des Journal, der Wiedergutmachungskommission ein Memorandum überreichen, in dem ganz ausführlich die von der Kommission verlangten Einzelheiten über die neuen deutschen Steuerpläne und deren voraussichtlichen Ertrag enthalten sind. Staatssekretär Fischer werde ferner neue deutsche Vorschläge darüber vorlegen, wie die Reichsregierung ihren Verpflichtungen vom 15. Januar und 15. Februar 1922 nachzukommen gedenke.

Auch Dr. Rathenau in Paris.

Berlin, 28. Dezember. Wie die Blätter erfahren, ist Dr. Rathenau gestern nachmittags von Berlin nach Paris gefahren. Der Deutschen Allgemeinen Zeitung zufolge ist die Reise auf eine Aufforderung von autoritativer Seite der Entente erfolgt. Zweifellos steht die Reise Dr. Rathenaus, wie die Blätter weiter melden, im Zusammenhang mit den Verhandlungen, die heute nachmittag in Paris zwischen der Reparationskommission und der deutschen Relegationskommission beginnen sollen. Laut Vossischer Zeitung wird Dr. Rathenau sich ebenso wie in London in Paris nicht in offizieller amtlicher Eigenschaft und nicht im Auftrage der deutschen Regierung aufhalten.

Berminderung der amerikanischen Besatzungstruppen.

Paris, 28. Dezember. Chicago Tribune meldet aus Koblenz, daß in den nächsten Tagen die Zahl der amerikanischen Besatzungstruppen auf 5000 Offiziere und Mannschaften herabgesetzt werde.

Die Konferenz in Cannes.

Einladungen Briands.

Paris, 28. Dezember. Ministerpräsident Briand hat gestern die Einladungen zur Tagung des Obersten Rates in Cannes für den 6. Januar ergeben lassen. Auf dem Programm stehen zwei Punkte: Die Reparationen und die Einberufung einer internationalen Konferenz.

Man rechnet mit einer etwa achtstägigen Dauer. Zur Konferenz werden etwa 200 Personen erwartet.

Die Beratungen der Sachverständigen.

Berlin, 29. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Am 30. Januar werden in Paris unter dem Vorsitz des Ministers Loucheur die Beratungen der Sachverständigen beginnen, welche den Plan für die wirtschaftliche Reorganisation Europas vorbereiten sollen. Außer Franzosen und Engländern, von denen zuerst nur die Rede war, werden an den Beratungen auch Belgien und Spanien teilnehmen. Die Italiener legen sogar einen sehr großen Wert darauf, bei dieser Gelegenheit vertreten zu sein, da der neue Handelsminister persönlich die Reise nach Paris antritt.

Umbau der Deutschen Werke?

Paris, 29. Dezember. (U.) Die Völksharterkonferenz beschäftigte sich am Mittwoch mit der Frage der Deutschen Werke. Bis jetzt ist der Presse kein Communiqué zugegangen. Es verlautet, daß die Entente nicht auf der Niederlegung der Deutschen Werke besteht, sondern dem Vorschlag des Generals Nollet entsprechend den Umbau der Werke unter der Voraussetzung gewisser Garantien genehmigt.

Die ungarischen Sozialdemokraten und Korhyn.

Berlin, 29. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die ungarische Regierung hat ein Abkommen mit der sozialdemokratischen Partei getroffen, wonach sich die Regierung verpflichtet, diejenigen Internierten, für deren ruhiges Verhalten die sozialdemokratische Partei einsteht, aus dem Interniertenlager zu entlassen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Leitung des Lagers gegenüber diesen Personen keine Einwendung erhebt.

Die Uebergabe des Oedenburger Gebiets an Ungarn.

Paris, 28. Dezember. Die Völksharterkonferenz beschäftigte sich heute mit der Frage der Volksabstimmung in Oedenburg. Sie billigte den Vorschlag des Ausschusses der Generäle, betreffend die Uebergabe des Gebietes an Ungarn am 1. Januar.

Ein agrarischer Röder.

K. M. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat am 15. Dezember 1921 einen Beschluß gefaßt, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß die deutsche Landwirtschaft imstande sei, eine Steigerung der Produktion mit eigenen Kräften vorzunehmen und hierfür auch die großen Mittel aufzubringen.

Das klingt anders als in den Zeiten vor dem Kriege, wo die deutschen Agrarier über ihre „Not“ die häufigsten Töne anstimmten. Jetzt ist eine erstaunliche Geldfülle auf dem Lande vorhanden, die sich natürlich auf die Besitzer von Groß- und Mittelbetrieben erstreckt. Kleinsäbauern und Landarbeiter leiden ebenso Not wie das städtische Proletariat.

Die deutschen Agrarier — selbstlos wie sie nun einmal sind — wollen aber ihre Riesenmittel erst zur Steigerung der Produktion verwenden, wenn die Reichsregierung zuerst nachstehende Grundregeln schafft:

1. Tatsächliche Sicherung von Person und Eigentum.
2. Bestimmter Schutz des Wirtschaftsbetriebes gegen drohende Angriffe.
3. Ausreichende und rechtzeitige Versorgung der Landwirtschaft mit Kunstdünger und anderen Produktionsmitteln.
4. Maßnahmen zur Deckung des landwirtschaftlichen Arbeiterbedarfs.

Wer die Agrarier kennt, weiß, was für eine Bedeutung dieses Programm hat.

Der erste Punkt fordert die Aufrechterhaltung und Vermehrung der bewaffneten Macht auf dem Lande, sowie die Ablehnung aller Sozialisierungsbestrebungen. Der zweite Punkt erstreckt die Abneigung der Landarbeiter-schaft, Schaffung eines weitgehenden Schutzes für die Arbeitswilligen, Beseitigung des Streikrechts. Der dritte Punkt verschweigt die wahren Absichten. Die Landwirte wollen auf Kosten des Reichs billige Produktionsmittel und Düngestoffe haben, denn Maschinen und Kunstdünger hat es in den letzten Jahren in berreichem Maße gegeben. Sie sind nur nicht gekauft worden, weil sie den Landwirten zu teuer waren. Hier werden die wirklichen Bestrebungen schon zum Vorschein kommen, wenn die Verhandlungen vor dem Abschluß stehen. Der vierte Punkt will die Heranziehung ausländischer Landarbeiter, die mit niedrigen Löhnen und mit den berüchtigten Schnitterkasernen als Wohnräume vorlieb nehmen.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft will mit der Reichsregierung auf dieser Grundlage sofort verhandeln. Er sagt mit keinem Wort, welche Garantien er dann bietet, daß auch wirklich die Steigerung der Produktion erfolgt, wenn dies arbeitserfeindliche Programm durchgeführt wird. Auf Versprechen der Agrarier oder ihrer Organisationen ist nichts zu geben. Im Kriege haben sie wiederholt „ihrem Kaiser und König“ versichert, sie würde alles daran setzen, um die „Volksernährung sicherzustellen“, doch Wort haben sie nie gehalten. Die „Steigerung der Produktion auf eigene Kosten“ ist ja auch nur der Röder, der der Reichsregierung hingeworfen wird, damit sie anbeihen und die arbeitserfeindlichen Pläne durchführen soll. Dann will man auch die Lebensmittel „verbilligen“, die Versorgung sicherstellen und eine Vertändigung zwischen Erzeugern und Verbrauchern nach Möglichkeit fördern. Diese Redensarten verpflücken zu nichts. Und sie sollen die Agrarier auch nicht binden. Dafür soll die Regierung ihnen durch Schaffung von Anbelungsgelegenheiten gegen die Arbeiter Gelegenheit geben, sich noch mehr zu bereichern, die Ausbeutung in verschärfstem Maße zu betreiben. Das ist der Zweck der Uebung. Die Landwirte könnten eine Steigerung der Produktion herbeiführen. Im Kriege und nach Friedensschluß kamen sie zu großen Mitteln. Während des Krieges haben sie häufig verschert, die erzielten Gewinne müßten später zum Aufbau der Wirtschaft verwendet werden. Das ist aber meist unterblieben. Dagegen wurden erhebliche Summen verschwendet, zu Luxusausgaben verwandt, zum Teil zu Hause aufgespeichert (so wußte man das Geld hübsch zu behalten!) und zum Teil in den Spar- und Darlehnsklassen niedergelegt.

Ein Maßstab für die Geldfülle sind die Jahresberichte der ländlichen Genossenschaften. Diese Verbände sind weit verbreitet. Ende Mai 1921 gab es in Deutschland 33 635 landwirtschaftliche Genossenschaften. In der Zeit vom 1. Juni 1920 bis 31. Mai 1921 entstanden nicht weniger als 2558 ländliche Genossenschaften.

Wie gewaltig der Geldverkehr der ländlichen Genossenschaften ist und über welche Fülle von Geld sie verfügen, zeigen nachstehende paar Zahlen. Die Zentralkassen des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften hatten einen Gesamtumsatz:

- 1919/20: 70 Milliarden Mark, 1920/21: 139,9 Milliarden Mark.
- Die Einlagen der Genossenschaften betragen: 1919/20: 224 Millionen Mark, 1920/21: 4487 Millionen Mark.
- Die Schulden betragen: 1919/20: 101 Millionen Mark, 1920/21: 279 Millionen Mark.